

DIE LINKE WALDECK- FRANKENBERG

# KOMMUNALWAHL- PROGRAMM 2016-2021

---

---

**Waldeck-Frankenberg:  
noch sozialer,  
noch ökologischer,  
noch demokratischer**

[die-linke-waldeck-frankenber.de](http://die-linke-waldeck-frankenber.de)

## **Inhaltsübersicht**

<b>Einleitung</b>	<b>Seite 3</b>
<b>Soziale Gerechtigkeit durchsetzen – Armut vermindern</b>	<b>Seite 4</b>
<b>Benachteiligungen möglichst ausgleichen – Inklusion verwirklichen</b>	<b>Seite 4</b>
<b>Schulen, Bildung und Ausbildung</b>	<b>Seite 5</b>
<b>Gesundheitsversorgung - Gesundheit ist keine Ware</b>	<b>Seite 6</b>
<b>Ärztlicher Notdienst (Bereitschaftsdienst)</b>	<b>Seite 7</b>
<b>Mobilität im Landkreis Verkehrsvermeidung, Verkehrsverlagerung hin zum Nulltarif im ÖPNV</b>	<b>Seite 7</b>
<b>Migration, Integration</b>	<b>Seite 10</b>
<b>Flüchtlinge willkommen heißen, Zuwanderung neu denken.</b>	<b>Seite 11</b>
<b>Sanfter Tourismus- ein Wirtschaftsfaktor im Landkreis</b>	<b>Seite 12</b>
<b>Leben im ländlichen Raum als Alternative annehmen</b>	<b>Seite 13</b>

## **Einleitung**

Viele wichtige zukunftsweisende Entscheidungen für den Landkreis Waldeck- Frankenberg kamen auf Initiative DER LINKEN oder durch deren maßgebliche Mitarbeit in der vergangenen Legislaturperiode zustande.

DIE LINKE- Fraktion im Kreistag konnte mit Hilfe der Kernkoalition aus SPD und Bündnis 90/Grüne den Eichenlaubsumpf beenden und dafür sorgen, dass die Affäre nicht unter den Teppich gekehrt wurde.

Anstoß gab die Fraktion der Linken bei vielen sozialpolitischen Themen.

Unter anderem wurde durch DIE LINKE der Verhütungsmittelfond eingerichtet und eine Schutzambulanz am Kreiskrankenhaus Frankenberg für Opfer von Gewalt wird entstehen.

Ohne DIE LINKE gäbe es keine Kurhessenbahn von Frankenberg nach Korbach und keinen Tariflohn beim Kreiskrankenhaus Frankenberg.

Ohne DIE LINKE würden weitere Reinigungskräfte im Kreishaus aus dem Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes ausgegliedert.

Uns ist klar, dass es unter den herrschenden Verhältnissen der zu geringen Finanzausstattung der Kommunen durch Bund und Land Hessen, in erster Linie darum geht, die in den letzten Jahren erreichten sozialen Standards im Kreis zu erhalten.

So wird die LINKE auch in Zukunft dafür kämpfen, dass unter anderem das AST als eine Säule des ÖPNV erhalten bleibt.

Als eine wichtige Aufgabe sehen wir die mit unserer Zustimmung schon beschlossene rasche Einrichtung eines Landschaftspflegeverbandes, in dem betroffene Landwirte, die verantwortliche Politik und besonders die fachkompetenten Naturschutzverbände drittelparitätisch vertreten sind. Dessen Initiativen zum Erhalt, besser noch Ausbau der noch intakten Natur- und Kulturlandschaften werden wir auch zukünftig unterstützen.

Nicht alle Forderungen die wir als LINKE im letzten Wahlprogramm gestellt haben, konnten mit der Kernkoalition umgesetzt werden. Dazu hätte es in erster Linie einer stärkeren Fraktion bedurft. Auch ohne die Streichung wichtiger freiwilliger Leistungen konnte ein Ausgleich des Kreishaushalts erreicht werden.

Trotz aller Erfolge heißt es für uns DIE LINKE zukünftig nicht

„WEITER SO IN WALDECK- FRANKENBERG, sondern

„**NOCH SOZIALER,**

**NOCH ÖKOLOGISCHER**

**NOCH DEMOKRATISCHER**

Wir wollen uns auch in Zukunft maßgeblich für verbesserte Lebensbedingungen aller Menschen im Landkreis einsetzen.

Dafür brauchen wir IHR VERTRAUEN!

Unsere guten Ideen für ein zukunftsfähiges Waldeck- Frankenberg finden Sie auf den folgenden Seiten ausführlich dargestellt.

## **Soziale Gerechtigkeit durchsetzen – Armut vermindern**

Sozialabbau und Hartz-Gesetze haben viele Menschen an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Erwerbslosigkeit, Minijobs und Niedriglöhne prägen zu oft den Alltag. Auch in unserem Landkreis leben viele Menschen unterhalb der Armutsgrenze. Obwohl die Ursachen der Armut nicht von der Kommunalpolitik beseitigt werden können, müssen wir vor Ort die Folgen abmildern.

Wir, DIE LINKE, fordern daher:

- Das Aussetzen jeglicher Sanktionen in Form von Kürzung der Geldleistung für SGB II Bezieher\_innen
- Einen Maßnahmenkatalog zur Armutsbekämpfung auf der Basis eines Kreis Sozialberichts
- Einführung eines Kreissozialtickets (Waldeck- Frankenberg Card); diese ermöglicht materiell Benachteiligten eine kostenlose bzw. preisreduzierte Nutzung von sozio- kulturellen Angeboten und des ÖPNV's.
- Ein Informations- und Beratungsnetz für arme Menschen mit Hilfe der Kreisverwaltung aufbauen.
- Einführung eines Sozialtarifs für die Stromversorgung beim kommunalen Anbieter EWF, mit dem ein Bezug des Grundbedarfs an Strom zu vergünstigten Konditionen ermöglicht wird.
- Nachhilfe für arme Kinder unabhängig von Noten finanzieren
- Kreisweit kostenloses Mittagessen für Kinder organisieren
- Kooperationen mit Sport- und Kulturvereinen, Musikschulen und ähnlichen Einrichtungen eingehen, um auch armen Kindern Teilhabe zu ermöglichen.

## **Benachteiligungen möglichst ausgleichen – Inklusion verwirklichen**

Wer nicht mit viel Geld, starken Fürsprechern oder großem Mediengetöse seine Anliegen oder Rechte einfordern kann, ist auch in Waldeck- Frankenberg eindeutig benachteiligt: dazu gehören vor allem Kinder, Alte oder Arme sowie Menschen mit Behinderung oder Migrationshintergrund.

Diese Gruppen brauchen Unterstützung und Anerkennung, damit sie ihre Fähigkeiten für das Gemeinwesen entfalten und damit auch alle davon profitieren können. Es ist ja der Kerngedanke von Inklusion, gerade die Verschiedenheit der Menschen als Chance für ein gelingendes Zusammenleben zu nutzen. Ein wichtiger Schritt dahin sind u.a. Informationen in leichter Sprache, z. B. für Menschen mit Lernschwierigkeiten, mit geringen Deutschkenntnissen oder für funktionale Analphabeten.

DIE LINKE fordert:

- Erstellung und schrittweise Realisierung eines kommunalen Inklusionsplans unter Einbeziehung der Betroffenen;
- Vermehrter Einsatz von Leichter Sprache in Verwaltungstexten (Briefe, Wahlunterlagen, Info-Broschüren usw.) und im Internet;
- Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse dieser Gruppen z. B. bei der Verkehrsplanung oder dem Wohnungsbau.

## **Schule, Bildung und Ausbildung**

Im Landkreis sind immer noch 30 Schulen für die Inklusion nicht geeignet, da unangepasste Klassen- und Fachräume ein gemeinsames Lernen von allen Kindern verhindern. Als Linke wollen wir erreichen, dass in der kommenden Legislatur alle Schulen für das gemeinsame Lernen von behinderten und nichtbehinderten Schülerinnen und Schüler umgestaltet werden.

Der Landkreis ist zuständig für das räumliche Angebot und dessen Ausstattung.

Die begonnene energetische Optimierung, d.h. die Ausstattung mit Solartechnik, Wärmedämmung und neuen Heizungsanlagen, muss fortgesetzt werden. Dafür sind in den Kreishaushalt angemessene Summen einzustellen, damit die Fortschreibung dieses Projekts auch mittel- und langfristig gesichert ist.

Wir, DIE LINKE sprechen uns für den Erhalt von Schulstandorten aus, denn eine wohnortnahe Erreichbarkeit ist für Schüler aller Altersgruppen wichtig.

Auf Hessenebene setzen wir, DIE LINKE, uns dafür ein, dass

Ganztags- und integrierte Gesamtschulen zur Regelschule werden, in denen ein gemeinsamer Unterricht bis zur Klasse 10 stattfindet. Das gemeinsame Lernen aller Kinder zeigt die besten Ergebnisse in den PISA- Studien, im In- wie im Ausland. Ein solches Angebot, ergänzt durch eine gymnasiale Oberstufe und ein berufliches Gymnasium sollte auch in unserem Kreisgebiet entstehen. Die bisherige unsoziale und entwicklungshemmende Trennung in Haupt- und Realschule sowie Gymnasien soll abgeschafft werden.

Es ist für uns eine Selbstverständlichkeit, dass es in unserem Bildungssystem für alle Kinder und Jugendlichen ein kostenfreies und qualitativ hochwertiges Mittagessen in der Schule gibt.

Ein solches Angebot fordern wir bereits jetzt im derzeitigen Schulalltag, ebenso, wie die Übernahme der kompletten Beförderungskosten für alle Schüler, unabhängig von Sekundarstufen bzw., Alter der Schüler\_innen. Unsere Forderungen im Bereich der schulischen Bildung werden ergänzt durch ein ausreichendes Angebot an Schulsozialarbeit, für das wiederum der Landkreis als Schulträger zuständig ist.

Die Mogelpackung der Landesregierung im Hinblick auf die Nachmittagsbetreuung für Schüler\_innen lehnen wir ab, denn hier werden die Eltern mit unangemessen hohen Kosten belastet. Außerdem ist dadurch keine Änderung im pädagogischen Konzept der Schulen vorgesehen.

Attraktive und umfassende Bildungsangebote neben Schule, Ausbildung und beruflicher Weiterbildung müssen auch von der Kreisvolkshochschule als wohnortnahes Angebot für Erwachsene vorgehalten werden. Speziell diese Angebote dürfen nicht aus „Kostengründen“ weiter ausgedünnt werden.

Auch der Musikschule Waldeck-Frankenberg sind für die musikalische Ausbildung unserer Kinder in Waldeck-Frankenberg ausreichende Finanzmittel aus dem Kreishaushalt zur Verfügung zu stellen. Denn für Kinder ist eine musikalische Früherziehung von pädagogischer Wichtigkeit. So wird z.B. beim gemeinsamen Musizieren der Gemeinschaftsgedanke in den Vordergrund gestellt. Für Kinder in schwierigen materiellen Verhältnissen (Hartz IV-Familien und Flüchtlingskinder) ist sicher zu stellen, dass sie aus den Kreismitteln zur Finanzierung der Musikschule kostenlosen Unterricht erhalten.

Als Linke lehnen wir eine Militarisierung unserer Schulen ab.

Dagegen wollen wir mehr Friedenserziehung zur Aufklärung über die Zusammenhänge von Krieg und Frieden ohne Beteiligung der Bundeswehr.

Alle jungen Menschen, die dies wollen, müssen einen Ausbildungsplatz angeboten bekommen. Betriebe, die nicht ausbilden, obwohl sie es könnten, sollen eine Abgabe bezahlen (Ausbildungspakt auf freiwillige Selbstverpflichtung). Der Rechtsanspruch von jungen Menschen mit Behinderungen auf einen Ausbildungsplatz muss hier ebenfalls berücksichtigt werden und darf nicht durch Verwaltungstricksereien ausgehebelt werden. Auf Kreisebene fordern wir die Stärkung des Integrationsfachdienstes durch eine personelle Aufstockung in der Kreisverwaltung.

DIE LINKE fordert:

- Modernisierte Schulen für die Schüler, Lehrer und Bediensteten, die Inklusion und moderne Bildungsvermittlung ermöglichen.
- Mehr Schulsozialarbeiter
- Beitragsfreies und qualitativ hochwertiges Mittagessen an allen Schulen
- Erhalt von Schulstandorten

### **Gesundheitsversorgung - Gesundheit ist keine Ware**

Das „Ärztsterben“ ist in allen Flächenlandkreisen zu bemerken. Der Landkreis hat die Aufgabe, die flächendeckende ärztliche Versorgung sicherzustellen. Die Vergabe der Arztsitze regelt allerdings die Kassenärztliche Vereinigung Hessen (KVH). Welche Maßnahmen kann ein Landkreis dennoch ergreifen, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken?

In den nächsten Jahren ist damit zu rechnen, dass weitere Ärztinnen und Ärzte ohne Nachfolgeregelung in den Ruhestand gehen oder aus anderen Gründen ihre Praxis schließen. Eine flächendeckende, wohnortnahe ärztliche Versorgung im Landkreis Waldeck- Frankenberg ist dann nicht mehr sicher gewährleistet. Die medizinische Versorgung der Bevölkerung ist akut gefährdet.

Um dem Ärztemangel und dem Praxissterben zu begegnen, schlägt DIE LINKE die Einrichtung sogenannter „Medizinischer Versorgungszentren“ (MVZ) in öffentlicher Trägerschaft vor. Auch genossenschaftliche Trägerformen mit öffentlicher Unterstützung sind denkbar. Die Vorteile liegen auf der Hand. Mediziner, Therapeuten und Patienten profitieren gleichermaßen. Liegen die Vorteile bei Medizinern und Therapeuten vor allem im wirtschaftlichen und arbeitstechnischen Bereich, profitieren die Patienten durch Vermeidung von Doppeluntersuchungen und langen Wartezeiten, einer abgestimmten Behandlung durch mehrere Ärzte und von kurzen Wegen.

Diese Vorteile überzeugen inzwischen auch andere Fraktionen im Kreistag. Sie schließen MVZ nicht mehr kategorisch aus, sondern sehen die MVZ als sinnvolle Möglichkeit die ärztliche und therapeutische Versorgung der Bevölkerung in der Fläche sicherzustellen.

DIE LINKE fordert:

- Einrichtung Medizinischer Versorgungszentren in öffentlicher Trägerschaft
- Kreisweites Gesamtkonzept für die ambulante medizinische Versorgung

## **Ärztlicher Notdienst (Bereitschaftsdienst)**

Die Organisation des ärztlichen Bereitschaftsdienstes (ärztlicher Notdienst) im Landkreis ist geradezu ein Lehrstück, wie Gesundheitspolitik nicht im Interesse der Bevölkerung gemacht wird. In ganz Hessen "reformierte" die KVH die ärztliche Versorgung in den sprechstundenfreien Zeiten am Abend und am Wochenende.

Die KVH sprach davon, "Strukturen zu vereinfachen". Auf Deutsch: Stück für Stück wurde der Dienst eingeschränkt. Häppchenweise wurde der Bevölkerung das wahre Ausmaß der Ausdünnung präsentiert.. Nach 24 Uhr gibt es keinen ärztlichen Notdienst mehr. Patienten können sich an eine von zwei Telefonzentralen (in Kassel und in Frankfurt) wenden, die jedoch oft stundenlang nicht erreichbar sind. Das ist lebensgefährliches Sparen auf Kosten der Patienten.

Die KVH ist verpflichtet, die „angemessene und zeitnahe Zurverfügungstellung der fachärztlichen Versorgung und die vertragsärztliche Versorgung zu den sprechstundenfreien Zeiten (Notdienst) zu gewährleisten“ (§ 75 Abs1 SGB V).

DIE LINKE fordert:

- Flächendeckende ambulante medizinische Versorgung im Landkreis auch in der sprechstundenfreien Zeit gewährleisten
- Rückabwicklung der „Reformen“ des ärztlichen Notdienstes
- Zusammenlegung des ärztlichen Notdienstes mit den Rettungsleitstellen

## **Mobilität im Landkreis**

### **Verkehrsvermeidung, Verkehrsverlagerung hin zum Nulltarif im ÖPNV**

Der Beitrag „Mobiles Hessen 2020“ auf der Internetseite des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung wird mit diesen Worten eingeleitet:

*„Die Mobilität von Personen und Gütern hat entscheidenden Einfluss auf die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung eines Landes. Eine intakte und funktionierende Verkehrsinfrastruktur zählt zu den wichtigsten Standortfaktoren und prägt maßgeblich die internationale Wettbewerbsfähigkeit.“*

Wer bei „Mobilität“ zuerst an Standortfaktor und internationale Wettbewerbsfähigkeit denkt, wird bei „Verkehr“ zuallererst an Auto und Straßenverkehr denken. Die derzeitige Verkehrs-, Wirtschafts-, Bau-, Regional- und Stadtentwicklungspolitik läuft in die verkehrte Richtung, weil stillschweigend vorausgesetzt wird: Je mehr Mobilität - und dies wird übersetzt mit Verkehr - desto mehr wirtschaftlicher Erfolg, desto mehr Lebensqualität und desto mehr Wohlergehen für die Bürger wird es geben. Die Lebenswirklichkeit widerlegt diese Annahme eindeutig.

Die negativen Folgen des Ist-Zustandes beim Thema Mobilität wie Lärm, Abgase, Flächenverbrauch, Todesopfer und Verletzte oder das Verfehlen von Reduktionszielen beim Ausstoß von klimaschädlichen Gasen sind auch in unserem Landkreis gegenwärtig.

DIE LINKE fordert:

- Unnötigen Verkehr vermeiden
- Notwendigen Verkehr auf umweltverträgliche Verkehrsträger verlagern

- Belastungen von Mensch, Natur, Umwelt und Klima durch notwendigen Verkehr minimieren
- Kreisweites Gesamtkonzept zum Erreichen dieser Ziele entwickeln und umsetzen

Die Lösung Verkehr vermeiden, verlagern, verträglicher machen ist bekannt und findet prinzipiell die Zustimmung einer Mehrheit der Bevölkerung. Sollen diese allgemeinen Prinzipien in konkrete Maßnahmen gegossen werden, schwindet die Zustimmung jedoch Stück für Stück. Der Landkreis kann auf vielfältige Art und Weise dazu beitragen Wege zu vermeiden.

DIE LINKE fordert zur Verkehrsvermeidung:

- Finanzielle Unterstützung der Mitarbeiter\_innen der Verwaltung bei der Nutzung des ÖPNV
- Unterstützung bei der Bildung von Fahrgemeinschaften
- Förderung und finanzielle Unterstützung von Carsharing- Projekten im Landkreis
- Minimierung von Behördengängen der Bürger\_innen durch Ausbau der IT-gestützten Verwaltung, aber auch erweitertes Angebot in Außenstellen der Verwaltung
- Ausweitung der Mobilitätsberatung für Bürger\_innen
- Förderung und Unterstützung bei der Entwicklung lokaler Wirtschaftskreisläufe
- Kampagne „Landkreis der kurzen Wege“ entwickeln und umsetzen

Wege, die nicht vermeidbar sind, sollten auf den Umweltverbund aus zu Fuß gehen, Fahrradfahren und Nutzung von Bussen und Bahnen (Öffentlicher Personennahverkehr, ÖPNV) verlagert werden.

Viele Beispiele in Städten und Landkreisen in der Bundesrepublik belegen, dass das Potential für einen Umstieg auf einen attraktiven ÖPNV riesig ist. Zudem zeigt sich immer wieder, dass die Investitionen in einen attraktiven ÖPNV wesentlich niedriger sind, als die Bau-, Unterhaltungs- und Folgekosten für zusätzliche Straßen oder Parkhäuser. Vom Flächenverbrauch ganz zu schweigen.

Noch günstiger fällt die Bilanz beim Radverkehr aus. Die Hälfte aller Fahrten mit dem PKW ist kürzer als fünf Kilometer. Eine ideale Entfernung für das Radfahren.

DIE LINKE fordert zur Verkehrsverlagerung:

- Ein bedarfsgerechtes Gesamtkonzept ÖPNV für den Landkreis Waldeck-Frankenberg
- Verbesserung des Busangebotes, der Haltestellen, der Fahrzeuge, der Linienführung und der Fahrpreisgestaltung
- Förderung und Promotion von Aktionen zur Verkehrsverlagerung (z.B.: „Mit dem Fahrrad zur Arbeit“)
- Besondere Berücksichtigung der Interessen der verletzlichsten Verkehrsteilnehmer\_innen (Kinder, Senior\_innen, Menschen mit Behinderung) bei allen Verkehrsplanungen
- Vorrang des Umweltverbundes bei allen Bau- und Planungsvorhaben vor dem motorisierten Individualverkehr (MIV)

- Bereitstellung von Infrastruktur für Fußgänger und Radverkehr durch Abbau von KFZ-Flächen, Straßenumgestaltung, flächendeckendes Wege- und Wandernetz, flächendeckendes Radwegenetz
- Verknüpfung zwischen ÖPNV und Radfahren sicherstellen durch Abstellmöglichkeiten der Fahrräder an Haltestellen und Mitnahmemöglichkeit in den Bussen

Selbst wenn all diese Maßnahmen zügig umgesetzt werden, ergeben sich trotzdem Belastungen für Mensch, Natur, Umwelt und Klima. Diese Belastungen können durch technische und organisatorische Maßnahmen minimiert werden.

DIE LINKE fordert:

- Umrüstung des Fuhrparks der Kreisverwaltung auf schadstoffarme Autos
- Einsatz von Dienstfahrrädern oder E-Bikes
- Unterstützung und Beratung der Kommunen bei der Ausweitung von Tempo-30-Zonen
- Unterstützung und Beratung der Kommunen bei der Umsetzung von Shared-Space-Projekten
- Unterstützung und Beratung der Kommunen bei Aufstellung und Umsetzung von Lärmaktionsplänen

"Wer den Nahverkehr für die Bürgerinnen und Bürger immer teurer macht, ist mit sozialökologischer Blindheit geschlagen", so kommentierte Sabine Leidig (MdB DIE LINKE), verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, die jüngste Fahrpreiserhöhung der Deutschen Bahn (DB) im Nahverkehr um 2,4 Prozent. Nicht nur die Bahn, auch der heimische NVV erhöht in schöner Regelmäßigkeit jährlich die Preise, ohne dass das Angebot sich nennenswert verbessert. Für arme Menschen ist der ÖPNV nicht bezahlbar. Sozialpässe, Social-Cards oder ähnliche Konstrukte sind zwar besser als gar keine Hilfen für arme Menschen, aber sie lösen das grundsätzliche Problem nicht.

Der ÖPNV ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. DIE LINKE tritt daher dafür ein, dass der ÖPNV zum Nulltarif angeboten wird. Die Finanzierung erfolgt aus allgemeinen Steuermitteln. Eine Nahverkehrsabgabe für Unternehmen – wie in Frankreich – oder eine Erhöhung der Gewerbesteuer können ebenfalls als Finanzierungsquelle herangezogen werden.

Dass ein Nulltarif im ÖPNV mit guten Arbeitsbedingungen der Beschäftigten einhergehen muss, ist selbstverständlich. Gute Arbeit mit guten Löhnen gehört zum guten öffentlichen Verkehr.

DIE LINKE fordert:

- Einführung eines Nulltarifs im ÖPNV
- Einrichtung einer Arbeitsgruppe beim Landkreis „Schrittweise Einführung Nulltarif“ im Landkreis Waldeck- Frankenberg
- Selbstverpflichtung der Kreisorgane, sich auf allen politischen Ebenen und mit den je eigenen Mitteln für die Einführung eines Nulltarifs einzusetzen

Darüber hinaus wollen wir uns dafür einsetzen, dass alle Angebote des ÖPNV in Waldeck- Frankenberg erhalten bleiben und für die Nutzer stufenweise auf ein barrierefreies Angebot umgestellt werden. Das heißt der Abbau von Barrieren für einen Teil der Nutzer muss zur Selbstverständlichkeit werden.

Dazu gehört:

- Vereinfachte Lesbarkeit der Bus- und AST- Fahrpläne
- Ansagen an den Bahnhöfen

Auch lehnen wir jegliche Autobahn- und Schnellstraßenneubauten ab, da diese natürlich weite Teile der Naturlandschaft zerstören würden. Wir setzen uns aber vehement für weitere Ortsumgehungen zum Zwecke der Verkehrsberuhigung ein. Zur regionalen Verkehrswegeplanung gehört für uns auch ein gut ausgebautes Netz von Fahrradwegen mit der entsprechenden Beschilderung. Dies sichert die gute Erreichbarkeit der Naherholungsgebiete, ist ein Beitrag zum Umweltschutz und wichtig für den Tourismus.

DIE LINKE fordert:

- Ausweitung des Busverkehrs, unabhängig von Bedürfnissen des Schülerverkehrs. Auch Touristen sollen dazu bewegt werden, öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen.
- Angemessene Fahrpreise für alle. Der Landkreis muss als Träger seine Kompetenz im Verkehrsverbund nutzen, um den Preiswucher zu stoppen.

## **Migration, Integration**

Neben armen Menschen sind viele Migrant\_innen von der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen. DIE LINKE arbeitet mit den Migrant\_innen zusammen und setzt sich für ihre Einbeziehung in die politischen Entscheidungsprozesse auf Kreisebene ein. Dazu gehört das kommunale Wahlrecht für alle dauerhaft im Landkreis lebenden Menschen. Solange der Gesetzgeber nicht tätig wird, gilt es die Ausländerbeiräte aufzuwerten. Das Demokratieprinzip gebietet, dass alle Menschen in unserem Landkreis auch zusammen die Entscheidungen für ihre gemeinsame Zukunft treffen.

DIE LINKE stellt der Integrationspolitik der anderen Fraktionen einen alternativen politischen Ansatz entgegen, der darauf ausgerichtet ist, rechtliche Gleichstellung und gleichberechtigte soziale Partizipationsmöglichkeiten herzustellen. Mit der Forderung nach rechtlicher Gleichstellung sollen jenen Einwohner\_innen, die nicht deutsche Staatsangehörige sind, mehr Rechte zuerkannt werden. Die juristischen Rechte nach Aufenthaltsstatus und Aufenthaltsdauer sollen weitestgehend angeglichen werden, da Flüchtlinge weit mehr juristischen Restriktionen unterliegen als Arbeitsmigrant\_innen und deren Kinder.

Soziale Diskriminierung besteht unabhängig von der deutschen Staatsangehörigkeit. Die soziale Teilhabe ist trotz rechtlicher Gleichstellung vielen Eingebürgerten und Spätaussiedler\_innen verwehrt. Diskriminierungen auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt sind alltägliche Erfahrung.

Generell wird allen Einwohner\_innen ohne deutsche Staatsangehörigkeit gleichermaßen das Wahlrecht auf Bundes- und Landesebene verwehrt. Sie sind damit vom

Kernbereich der politischen Mitbestimmung ausgeschlossen, selbst wenn sie in der Bundesrepublik ihren ständigen Wohnsitz haben.

Ein kommunales Wahlrecht, das weder auf bestimmte Personengruppen noch auf bestimmte Territorien des jeweiligen Staates beschränkt ist, existiert derzeit in den EU-Mitgliedstaaten Belgien, Dänemark, Estland, Finnland, Irland, Luxemburg und den Niederlanden. Voraussetzung ist zumeist eine bestimmte Aufenthaltsdauer: 6 Monate in Irland, 2 bzw. 3 Jahre in Dänemark, Finnland und Schweden, 5 Jahre in Belgien, Island, Luxemburg und Niederlanden.

Zweifellos sind Kenntnisse der deutschen Sprache ein wichtiges Element für Integration. Für DIE LINKE ist es dennoch problematisch, die Sprachbeherrschung zur primären Bedingung zu erklären und die anderen wichtigen Faktoren zu vernachlässigen. Dies verursacht bereits im vorschulischen Bereich eine soziale Ausgrenzung.

DIE LINKE fordert:

- Integration durch rechtliche und politische Gleichstellung
- Integration durch soziale Partizipation
- Integration durch Überwindung gesellschaftlicher Ausgrenzung
- Integration durch Interkulturelle Bildung und Erziehung
- Erhöhung des Anteils an Mitarbeiter\_innen mit Migrationshintergrund im Kreisdienst.
- Einrichtung einer unabhängigen Kreisantidiskriminierungsstelle und eines Rechtshilfefonds
- Vorlagen und Beschlüsse der Kreisorgane in „Leichte Sprache“ übersetzen
- Haushaltsmittel für den Bereich „Integration“ bedarfsgerecht aufstocken

### **Flüchtlinge willkommen heißen, Zuwanderung neu denken.**

Die Aufnahme von Menschen in Not ist ein humanitäres Gebot. Weltweit sind über 60 Millionen Menschen auf der Flucht vor Kriegen, Armut, Hunger, Klimafolgen und vielen mehr. Deutschland, die Europäische Union, die USA und ihre Verbündeten tragen mit ihrer Handels-, Kriegs- und Aufrüstungspolitik für die Flucht von Millionen Menschen eine große Mitverantwortung. Es muss Aufgabe der Politik sein, nicht die Flüchtlinge sondern die Fluchtursachen zu bekämpfen. Eine Unterscheidung zwischen „guten“ Kriegsflüchtlingen und „bösen“ Wirtschaftsflüchtlingen lehnt DIE LINKE ab.

Im Landkreis Waldeck- Frankenberg ist die Bereitschaft, Geflüchtete menschenwürdig aufzunehmen, erfreulicherweise sehr ausgeprägt. Viele Menschen unterstützen ehrenamtlich die Flüchtlinge und leben eine echte Willkommenskultur. Die aktuellen Entwicklungen zeigen, dass wir in Waldeck- Frankenberg weiterhin mehr Flüchtlinge aufnehmen werden, womit der Landkreis verstärkt vor weiteren Herausforderungen steht, um allen Menschen eine gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen.

DIE LINKE Waldeck- Frankenberg fordert deshalb:

- Möglichst dezentrale Unterbringung in Wohnungen mit guter Bausubstanz und guter Anbindung an die Infrastruktur. Sammelunterkünfte sollen der Vergan-

genheit angehören und die Aufenthaltsdauer in Gemeinschaftsunterkünften begrenzen auf maximal 6 Monate.

- Organisierte Vermittlung von Geflüchteten in den Wohnungsmarkt;
- Sicherstellung von menschenwürdigen Bedingungen in den Erstaufnahmeeinrichtungen Mengershausen, Korbach und Gemünden für welche in erster Linie das Land Hessen die Verantwortung trägt; Schutz von geflüchteten Frauen und Mädchen vorrangig sicherstellen;
- Umsetzung der Schulpflicht, Teilnahme an Sprachkursen und Zugang zu Bildungs-, Sport und Kultureinrichtungen für Geflüchtete; Erarbeitung eines Konzeptes zur Integration in den Arbeitsmarkt.
- Die Einführung einer Gesundheitskarte
- Mehr professionelles Personal für die Arbeit mit Flüchtlingen in bezahlten Anstellungsverhältnissen.
- Einrichtung eines Fonds für Willkommenskultur zur Unterstützung der ehrenamtlichen Arbeit und Initiativen; Schaffung von Begegnungsmöglichkeiten
- Bereitstellung der notwendigen finanziellen Mittel für die Aufnahme von Geflüchteten durch die Bundes- und Landesregierung. Keine Abwälzung der Kosten auf die Kommunen.  
Anpassung der öffentlichen Infrastruktur an steigende Einwohner/innenzahlen; auch durch eine Offensive für den sozialen Wohnungsbau
- Um Notsituationen zu vermeiden öffentliche Kontrolle, Konfiszierung oder Überführung von ungenutzten Bürogebäuden in öffentliches Eigentum zum Zwecke der sozialen Wohnraumnutzung (Hessische Verfassung, Art. 40).

## **Sanfter Tourismus- ein Wirtschaftsfaktor im Landkreis**

Der Landkreis Waldeck - Frankenberg ist in Hessen die Tourismusregion Nr. 1., dies belegen die jährlich steigenden Übernachtungszahlen. Mit wunderschönen, sehr abwechslungsreichen Landschaften und vielfältigen Angeboten zur Freizeitgestaltung sind für alle Generationen attraktive Möglichkeiten vorhanden.

Bedauerlicherweise beschränkt sich der Tourismus nur auf die Regionen am Edersee und um Willingen. Um den Tourismus als Wirtschaftsfaktor auch in den nicht so bekannten Orten weiter zu entwickeln.

DIE LINKE schlägt vor:

- die Einrichtung einer Stabstelle Tourismusmanagement beim Landkreis.

Der Arbeitsschwerpunkt soll die Vernetzung und Weiterentwicklung aller Tourismusangebote im Hinblick auf sanften Tourismus im Einklang mit Natur und Umwelt sein, wobei dem Gesundheitstourismus ebenfalls eine bedeutende Rolle zukommt.

Der Landkreis kann sich weiterentwickeln im Bereich Tourismus, wenn endlich die „touristische Kleinstaaterei“ ein Ende hat und der Entwicklung alternativer Angebote ein Raum geboten wird. Ein erster Schritt in Richtung sanfter Tourismus wurde mit der Reaktivierung der Bahnstrecke zwischen Frankenberg und Korbach gegangen.

Das vielfältige Angebot von kleinen und mittleren Betrieben ist eine Bereicherung in unserem Landkreis und bedarf dringend der Einbindung in ein Gesamtangebotskonzept auch für Tagestouristen.

Die Ansiedlung von großen Hotels bzw. Hotelketten sind dagegen kein Garant für eine Attraktivität als Urlaubsregion.

### **Leben im ländlichen Raum als Alternative annehmen**

Bereits vor Jahren wies DIE LINKE darauf hin, dass im Landkreis Waldeck-Frankenberg die notwendigen Versorgungseinrichtungen für das alltägliche Leben in der Fläche wegzubrechen drohen: Arztpraxen, Post- und Bankfilialen, „Tante-Emma“-Läden oder Schulstandorte werden geschlossen. Es ist nur natürlich, dass junge Familien keine Anreize sehen, sich in der ländlichen Region niederzulassen. Die Folge sind allein lebende, häufig vereinsamte, alte Menschen und zunehmender Leerstand auf dem Lande.

Die Menschen sind gezwungen lange Wege zur Arbeit zurück zu legen, da es kaum noch landwirtschaftliche Familienbetriebe gibt, die früher ganze Orte prägten. Kleine Gemeinden wirken tagsüber oft völlig unbelebt (wie Geisterstädte). Es gibt keinen gemeinsamen Treffpunkt für die Menschen. Viele Gemeinden verkaufen darüber hinaus noch ihre Dorfgemeinschaftshäuser oder beheizen diese im Winter nicht, um Geld zu sparen. Das macht ein Dorfleben und eine Dorfkultur fast unmöglich.

Selbst die Kirche, die früher ein wichtiger Treffpunkt war, hat an Wertschätzung verloren. Manche Gemeinden müssen sich mittlerweile Pfarrer teilen, sodass dieser seine seelsorgerische Funktion und generelle Ansprechbarkeit für die Menschen verloren hat. Zwar gibt es in vielen Orten traditionelle Veranstaltungen, ob diese allerdings gerade Jugendliche, die in Dörfern leben ansprechen ist eine andere Frage. Oftmals sind junge Leute völlig gelangweilt und wissen nicht was sie mit ihrer Zeit anfangen sollen. Jugendclubs finden sich meistens nur in den nächstgrößeren Städten, aber werden auch nicht immer genutzt, da viele Jugendliche diese mit dem öffentlichen Personennahverkehr gar nicht erreichen können oder das dortige Angebot ihren Bedürfnissen nicht entspricht.

DIE LINKE fordert:

- Einen Kreisjugendpfleger einzustellen, der die einzelnen kulturellen Angebote der Städte und Gemeinden für Jugendliche vernetzt und Ideen und Konzepte entwickelt, wie man Kindern und Jugendliche aus den entlegeneren Dörfern eine Teilhabe an kulturellen Veranstaltungen ermöglicht.
- Shuttlebusse für alle Bürger ohne Auto zu Oster- und Adventsmärkten, Autorenlesungen, Filmvorführungen, Konzerten, Chor- oder Theateraufführungen lokaler und überregionaler Gruppen oder Vereinen
- Markt-Treff-Konzepte zu entwickeln: in denen sämtliche Versorgungsangebote zusammengeschlossen werden: Postfilialen, Arztpraxen oder Lebensmitteleinzelhandel können mit kulturellen und kommunikativen Angeboten für Kinder, Jugendliche, Erwachsene und Senioren kombiniert werden. Einseitig nur auf ökonomische Strukturen und Angebote ausgerichtete Markt-Treff-Konzepte sind dagegen abzulehnen.
- Die Gemeinden finanziell zu unterstützen ihre Bürgerhäuser zu erhalten oder Grundschulen nachmittags auch für andere Zwecke nutzbar zu machen, wie

- gemeinsames Basteln, Frauenkreise, Internetcafe´
- Einen gemeinnützigen Kulturfonds einzurichten, aus dem Kulturarbeit, Projekte und Initiativen gefördert werden können, die gemeindeübergreifende und niedrigschwellige Projekte für sozial und materiell benachteiligte Menschen finanziert wird. (z.B. Musicals, Hip-Hop, Tanzprojekte)
  - Die Stadtbibliothek Korbach zu einer Stadt- und Kreisbibliothek mit Bücherbus zu erweitern, der alle kleinen Gemeinden, Seniorenheime, Schulen und Gemeinschaftsunterkünfte für Flüchtlinge anfährt
  - Die Chöre im Landkreis „beleben“ und ihr Angebot auch für Jugendliche und für Flüchtlinge interessant machen und „interkulturelle Chöre“ einzurichten